



Ganz große Koalition stimmt am Abend für 25-Meter-Schwimmerbecken im Freibad

Nach jahrelangem Hickhack um die Zukunft des Achimer Freibads, das manche in der Stadt sogar als verzichtbar ansahen, ist nun klar, was aus der Freizeitanlage wird. Eine ganz große Koalition aus SPD, CDU und Grünen stimmte gestern Abend im Ratsausschuss für Sport und Kultur trotz Protesten aus den gut gefüllten Zuhörerreihen (Foto links) für die Beibehaltung des Schwimmer- und des Nichtschwimmer-

beckens. Allerdings auch dafür, die Länge der sechs Bahnen im „Großen“ (rechts) um die Hälfte, von 50 auf 25 Meter, zu reduzieren. Mit beschränkter Wasserfläche könne das Bad kostengünstiger betrieben werden, argumentierte Herfried Meyer, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Und 25 Meter lange Bahnen reichten für das Schwimmen aller Erfahrungsniveaus aus, im Hallenbad gehe das ja auch. Der gemeinsame Antrag

der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen, der mit 8:1 Stimmen im Ausschuss befürwortet wurde, zielt zudem darauf ab, das Nichtschwimmerbecken durch Rutschen und „Spraygrounds“ attraktiver zu gestalten und im Eingangsbereich zeitgemäße Umkleiden und sanitäre Anlagen zu schaffen. Die Maßnahmen sollen höchstens vier Millionen Euro kosten und in zwei Bauabschnitten verwirklicht werden. Günther

Krebs brachte für die WGA/FDP-Gruppe einen eigenen Antrag ein, doch damit stand der Liberale auf verlorenem Posten. Statt die Sportschwimmer zu vergraulen, sollte bei etwaigem hohen Sanierungsaufwand lieber das Nichtschwimmerbecken verkleinert werden. Die 50-Meter-Bahnen seien einzigartig in der Region und damit ein „Alleinstellungsmerkmal“ für Achim, sagte Krebs unter starkem Beifall aus

dem Publikum. Die Interessengemeinschaft zum Erhalt der Bäder in Achim (IEBA), die zahlreich vertreten war, hatte gleich zu Beginn der Sitzung versucht, das Blatt noch zu wenden. Arno Sprecher fühlte sich von dem kurz vor dem Wochenende veröffentlichten Antrag der großen Fraktionen „übrumpelt“. Warum die Stadt allein 1,8 Millionen Euro für einen neuen Umkleide- und Sanitärtrakt ausgeben wolle,

sei ihm schleierhaft. „Davon kann man ja locker zehn Einfamilienhäuser bauen“, stichelte der IEBA-Sprecher. Aber „Gift“ verspritzte keiner, verbale Entgleisungen von der einen oder der anderen Seite blieben gestern Abend aus. Trotz des Zündstoffs bei diesem Thema lief die Diskussion insgesamt sachlich ab, stellte der Ausschussvorsitzende, Rüdiger Dürr (CDU), am Ende erleichtert fest. ■ mm / Fotos: Mix

